A-9 Dringlichkeitsantrag: Windenergie weiter ausbauen und Arbeitsplätze sichern

Antragsteller*in:	Wolfgang Aldag (SV Halle (Saale)), Dorothea Frederking (KV Altmarkkreis Salzwedel), Andreas Gernegroß, Sascha Schröder, Gundel Jahn, Lukas Leichnitz, Anton Spitz (KV Salzlandkreis), Christian Kokot (MV Mansfeld-Südharz), Conny Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Ulrich Narup, Uwe Zischkale, Florian Wiegand (KV Magdeburg), Susan Sziborra-Seidlitz (KV Harz)
Tagesordnungspunkt:	7. Anträge
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Die Klimakatastrophe vollzieht sich dramatisch schnell. Aktuell sprechen Wissenschaftler*innen von unsäglichem menschlichen Leid, das auf uns zukommen wird, wenn wir die Erderwärmung nicht auf mindestens 1,5 °C begrenzen. Gerade die erneuerbaren Energien sind in der Lage, die CO2-Emissionen drastisch zu reduzieren, wenn wir die Energiewende endlich richtig und beherzt anpacken.

Überall – egal ob in Sachsen-Anhalt oder bundesweit – werden wir nicht annähernd den vor uns stehenden Herausforderungen im Klimaschutz gerecht. Momentan beobachten wir ein Versagen der schwarz-roten Politik auf Bundesebene, wenn es darum geht, die Energiewende voranzubringen. Statt eines Planes zur Entwicklung der Zukunft vorzulegen, werden immer neue Hemmnisse aufgebaut. Die Koalition von CDU und SPD in Berlin hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt . Es ist eher drei als fünf vor zwölf. Wenn wir jetzt nicht wirksam unsere Energiepolitik umsteuern, dann werden sich unsere Lebensverhältnisse und die anderer Staaten, so wie wir diese jetzt kennen, nicht aufrechterhalten lassen. Deutschland muss als gutes Beispiel vorangehen.

Es ist eine Frage der Daseinsvorsorge. Es muss jetzt gehandelt werden. Sofort! Eine behutsame Kehrtwende ist zu wenig, wir brauchen jetzt den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das sichert Arbeitsplätze und bewahrt unsere Umwelt.

Derzeit stehen tausende Arbeitsplätze in Magdeburg und auch in anderen Bundesländern auf der Kippe. Einer der großen Arbeitgeber der Windenergiebranche hat angekündigt 3000 Stellen abzubauen. Wir BÜNDNISGRÜNE sind wütend über diese Entwicklung und erwarten massive Anstrengungen der Politik und der gesellschaftlichen Akteure, um diese Arbeitsplätze zu sichern.

Die Energiewende bedeutet auch langfristig die Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland, und nicht nur bei ENERCON.

Auch die vielen kleinen Zulieferbetriebe gehören in den Fokus der Politik.

Derzeit importiert Deutschland zirka 70% der Primärenergie aus dem Ausland. Und das meistens in Form von Öl und Gas und somit mit einem starken Ausstoß von CO2. Eine erfolgreiche Energiewende bedeutet die Umstellung auf Elektroenergie als universellen Energieträger. Diese Energieform dient uns auch in Zukunft als Grundlage für Rohstoffe einer dekarbonisierten Wirtschaft. Ziel einer zukunftsweisenden Energiepolitik muss es sein, dass klimaschädliche Gase vermieden werden.

Unsere Vorschläge auf Landesebene:

- Leitfaden Windenergie: Es sollte eine Änderung im Leitfaden vorgenommen werden, sodass klargestellt wird, dass regionale Planungsgemeinschaften die Gebiete in einem Dichtezentrum als Windnutzungsgebiete (Vorrang- oder Eignungsgebiete) ausweisen können, die bereits heute mit Windenergieanlagen bebaut sind. Dann wird die Untere Naturschutzbehörde den Einzelfall prüfen und bei Genehmigung wird ein Repowering möglich.

- 2% Flächenziel im Landesentwicklungsgesetz verankern und eine Bundesratsinitiative für ein 2% Flächenziel für die Bundesrepublik Deutschland.

- Evaluierung des Genehmigungsprocederes unter besonderer Berücksichtigung der Fragestellung, ob die Genehmigungsbehörden die Freiräume der Einzelfallentscheidung auf der Grundlage des Leitfadens Windenergie nutzen zugunsten des Ausbaus der Windenergie.

- Die Regionalen Planungsgemeinschaften sollen unterstützt werden, damit sie mehr Flächen als die derzeit ausgewiesenen 1,1 % ausweisen.

- Parallel zum Ausbau der Windenergie müssen zur Sektorkopplung Speicher, insbesondere für Wasserstoff gefördert werden.

- Das Kommunalverfassungsgesetz ist so zu ändern, dass rentierliche Kredite möglich werden und eine gemeindliche Investition in Windenergie ermöglicht wird.

- Das Finanzausgleichsgesetz ist so zu ändern, dass Gewinne aus dem Betrieb oder der Beteiligung an der Windanlage durch die Gemeinde bei der Gemeinde verbleiben.

- Schutz der Artenvielfalt durch Einsatz neuer Technologien [Radarsysteme]

Unsere Vorschläge auf Bundesebene

- keine Abstandsregelungen

- Abschaffung des Ausbaudeckels

- Vorgabe eines bundesweiten Flächenziels von 2%

- Regelung zur Flugsicherung anpassen, damit die Abstandsregelung zu Drehfunkfeuern reduziert wird

- Der Zerlegungsmaßstab für die Gewerbesteuer sollte so geändert werden, dass der Ertrag aus der Gewerbesteuer aus dem Betrieb der Windkraftanlagen

zu einem signifikanten und transparenten Anteil der betroffenen Standortgemeinde dienen.

- Bürgerwindanlagen müssen leichter ermöglicht werden. Die EU-Erneuerbare-Energien-Richtlinie ist im nationalen Recht umzusetzen.

- Genehmigungsverfahren müssen gestrafft und durch Digitalisierung verbessert werden.